

# Vierzig Jahre österreichischer Islam

## Im Rückblick auf die Toleranz der Monarchie

■ PETER PAWLOWSKY

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) hatte Grund zum Feiern. Als sie 1979, also vor 40 Jahren, zur Öffentlich-Rechtlichen Institution erklärt wurde, berief sie sich auf ein viel älteres Gesetz: Die Österreichisch-Ungarische Monarchie hatte 1908 Bosnien und Herzegowina annektiert und dadurch viele Muslime zu österreichischen Staatsbürgern gemacht. Damals war die Monarchie eine europäische Großmacht und nach dem von den Türken verlorenen russisch-osmanischen Krieg an der neuen Aufteilung der Gebiete am Balkan beteiligt. Aber was tun mit den neuen Bürgern islamischen Glaubens?

### Religionsfreiheit im angeblichen „Völkerkerker“

Man war sich schnell darüber einig, dass das Gesetz zur Religionsfreiheit von 1867 angewandt werden muss. Das Islamgesetz von 1912 sicherte den Muslimen alle staatsbürgerlichen Rechte und verbot lediglich die Polygamie; mochte der Koran auch die Ehe mit mehreren Frauen erlauben, das war für die Wiener Staatsjuristen die Grenze der Toleranz. Bosnische Muslime dienten in der kaiserlichen Armee, Imame durften sie begleiten, Bosniaken zählten zur Leibgarde des Kaisers und eine große, vom Kaiser gesponserte Moschee in Wien war in Planung.

Der Erste Weltkrieg zerstörte die Monarchie und die Verbindung zu Bosnien; das Islamgesetz von 1912 wurde für siebenzig Jahre zum ruhenden Recht. Erst in den 1960er Jahren nahm die Zahl der Muslime in Österreich zu durch Gastarbeiter aus der Türkei und aus Bosnien. Der Krieg im zerfallenen Jugoslawien brachte in den 1990er Jahren Flüchtlinge nach Österreich. Das über Jahrzehnte einigermaßen friedliche Zusammenleben von Christen

und Muslimen war von da an gestört und der islamistische Terror in den USA, in Europa und im Nahen Osten warf auch hierzulande seinen Schatten. Sebastian Kurz, damals noch Außenminister, setzte 2015 ein neues Islamgesetz durch, das weniger mit Religionsfreiheit als mit Sicherheitsinteressen zu tun hat. Damit war die islamfeindliche Politik der Türkis-blauen Regierung ab 2017 vorbereitet, als ein handliches Instrument, die Angst vor muslimischen Zuwanderern zu schüren. Um diesen Zustand aufrecht zu halten, war die Regierung kreativ und erfand immer neue Schikanen, so das Kopftuchverbot für Kinder, die Herausnahme schlecht sprechender Flüchtlingskinder aus den Schulklassen oder die Abschiebung von Lehrlingen während ihrer Ausbildung.

### FPÖ-Blamage

Die 40-Jahr-Feier der IGGÖ fand im großen Festsaal des Wiener Rathauses statt. Bürgermeister und Bundespräsident gaben sich die Ehre. Tags darauf blamierte sich der FPÖ-Vizebürgermeister, der Nachfolger des in Ibiza gescheiterten Herrn Gudenus: Er forderte die Auflösung der IGGÖ. Vielleicht sollte man auch gleich den Bundespräsidenten auflösen, der doch gerade der IGGÖ gratuliert hatte? Der islamfeindlichen Regierungspolitik setzte der neue Präsident der IGGÖ, Ümit Vural, ein überzeugendes Bekenntnis zu Österreich entgegen. Vural ist in Wien aufgewachsen, hat hier Jus studiert und arbeitet als Rechtsanwalt. Ihm ist zuzutrauen, dass er die angstbesetzte Regierungspolitik mit der Glaubwürdigkeit des autochthonen Österreichers kontert, so dass etwas von der ursprünglichen, 100jährigen österreichischen Religionsfreiheit, Menschenfreundlichkeit und Toleranz wiedergewonnen werden kann. ■

■ Vural ist zuzutrauen, dass er die angstbesetzte Regierungspolitik mit der Glaubwürdigkeit des autochthonen Österreichers kontert.